

NIEDERSCHRIFT

über die **6.** Sitzung

des Partnerschaftskomitees Europäische Nachbarn (XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **09.03.2023**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Den Vorsitz führte: Angela Stein-Ulrich

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzende

1. Frau Angela Stein-Ulrich

• CDU-Fraktion

2. Herr Jakob Beyen
3. Frau Dilek Haupt
4. Herr Thomas Jung
5. Herr Karl Kress

Vertretung für Herrn Dipl.-Ing. Gregor Jarosch

• SPD-Fraktion

6. Herr Horst Fischer
7. Frau Frederike Küpper
8. Herr Uwe Schunder

Vertretung für Herrn Wolfgang Kaisers

• Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Deutsche Zentrumspartei

9. Herr Friedhelm Leese

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

10. Frau Anna Wienken

- **FDP-Fraktion**

11. Frau Elena Fielenbach

- **AfD-Fraktion**

12. Frau Dr. Regina Kubon-Liebelt

- **Verwaltung**

13. Frau Ruth Harte

14. Herr Dezernent Martin Stiller

- **Schriftführerin**

15. Frau Lydia Merker

- **sachkundige Bürger/in**

16. Frau Marlies Gillmeister

17. Herr Franz-Josef Radmacher

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Verpflichtung sachkundiger Ausschussmitglieder	4
3.	Bericht über die Reise des Partnerschaftskomitees des Rhein-Kreises Neuss in den Kreis Mikolow vom 16. bis 18. September 2022 Vorlage: ZS5/2284/XVII/2023	4
4.	Vorbereitung des Besuchs der Bildungskommission des Kreises Mikolow im Rhein-Kreis Neuss vom 17. -20.4.2023 - Programm - Vorlage: ZS5/2285/XVII/2023	6
5.	Freigabe des Graffitis in der Stadt Mikolów anlässlich des 800-jährigen Bestehens der Stadt Mikolow im Jahr 2022 Vorlage: ZS5/2449/XVII/2023.....	7
6.	Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 14.12.2022 zum Prüfantrag "Errichten einer kommunalen Partnerschaft mit der Ukraine" Vorlage: ZS5/2286/XVII/2023	10
7.	Bericht der Vorsitzenden über die Sitzung des Deutsch-Polnischen Ausschusses des RGRE am 17.11.2022 in Pila/Polen Vorlage: ZS5/2289/XVII/2023.....	11
8.	Bericht aus dem Arbeitskreis junge und lokale Mandatsträger/innen (AK JUMA) des RGRE Vorlage: ZS5/2457/XVII/2023	11
9.	Bericht der Kultur und Heimatfreunde Stadt Zons e.V. über den Stand der Partnerschaftsprojekte mit dem Kreis Mikolow Vorlage: ZS5/2287/XVII/2023	12
10.	Bericht aus der Kreisgemeinschaft Röbel Vorlage: ZS5/2288/XVII/2023	13
11.	Einrichtung eines Sonderfonds für die Implementierung einer Projektpartnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine Vorlage: ZS5/2502/XVII/2023	13
	Die Fraktionen SPD und Bündnis 90 Die Grünen haben den Antrag zur Einrichtung eines Sonderfonds für die Implementierung einer Projektpartnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine für die Sitzung des Finanzausschusses am 14. März 2023 gestellt. In der Sitzung des Partnerschaftskomitees wurde der Antrag einvernehmlich gemeinsam mit TOP 6 behandelt.	13
12.	Erweiterung der Partnerschaften des Kreises Vorlage: ZS5/2500/XVII/2023	13
13.	Mitteilungen	14
14.	Anfragen	15

Öffentlicher Teil:

1. **Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Protokoll:

Vorsitzende Stein-Ulrich begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Es besteht Beschlussfähigkeit.

2. **Verpflichtung sachkundiger Ausschussmitglieder**

Protokoll:

Die Vorsitzende verpflichtet Frau Gillmeister als sachkundiges Ausschussmitglied.

3. **Bericht über die Reise des Partnerschaftskomitees des Rhein-Kreises Neuss in den Kreis Mikolow vom 16. bis 18. September 2022** **Vorlage: ZS5/2284/XVII/2023**

Protokoll:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Vorsitzende Stein-Ulrich verweist auf den ausführlichen Bericht der Verwaltung in der Sitzungsvorlage über den Aufenthalt des Partnerschaftskomitees des Rhein-Kreises Neuss im Kreis Mikołów und fragt nach eventuellen Hinweisen/Kommentaren.

KTA Fielenbach regt an, bei zukünftigen Treffen der beiden Partnerschaftskomitees das Politische und die Projektbezogenheit stärker in den Vordergrund zu stellen. Nach ihrem Erleben der aus ihrer Sicht improvisiert wirkenden Sitzung der beiden Gremien im Gebäude des Botanischen Gartens in Mikołów regt sie eine intensivere inhaltliche Vorbereitung an. Wichtig sei es, am Ende eines solchen Treffens ein Handout mit nach Hause zu nehmen. Bei allen Treffen solle auf eine gemischte deutsch-polnische Sitzordnung geachtet werden. Die schriftlich formulierten Hinweise der KTA Fielenbach werden dem Protokoll beigelegt.

Kritik äußert **KTA Haupt** am Besuch polnischer Mitglieder der Grünen beim Mittagessen im Restaurant Niken. Die Vorsitzende erläutert, dass diese Mitglieder im Vorfeld der Reise darum gebeten hatten, sich am Rande des Besuchs einmal zu treffen. Vorgesehen sei dieses Treffen eigentlich am ersten Abend im Hotel gewesen. Das habe aus zeitlichen

Gründen nicht geklappt. Als Alternative sei dann ein Gespräch am Rande des Mittagessens verabredet worden. Leider habe es keinen Nebenraum gegeben, in den man sich hätte zurückziehen können. Das Treffen sei in dieser Form nicht geplant gewesen.

Die Vorsitzende regt an, die hilfreichen Anregungen zu den deutsch-polnischen Begegnungen im Vorfeld von zukünftigen Begegnungen im Rahmen eines Arbeitskreises zu diskutieren und vorzubereiten. **Dezernent Stiller** bittet darum, weitere Ideen und Vorschläge zu diesem Thema nach der Sitzung der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. **KTA Ackburally** regt einen zahlenmäßig kleinen Arbeitskreis an – Vorteile hierfür seien geringere Probleme bei der Terminfindung und eine intensivere inhaltliche Vorbereitung.

KTA Beyen schlägt vor, die Teilnehmenden im Arbeitskreis auf die Vorsitzende Stein-Ulrich und ihre Stellvertreterin Fielenbach sowie KTA Haupt und den KTA Ackburally sowie seine Person zu begrenzen.

Dezernent Stiller macht hierzu deutlich, dass die Einrichtung eines Arbeitskreises eine gute Idee sei, weist aber darauf hin, dass das operative Arbeiten der Verwaltung vorbehalten sei und es daher lediglich um eine Unterstützung gehen könne.

KTA Beyen berichtet von Gesprächen in den vergangenen Monaten zu einer möglichen Zusammenarbeit zwischen dem Kreismuseum in Zons und dem Kulturzentrum in Łaziska Górne und schlägt vor, dass bei der Freigabe des Graffitis im Juli des Jahres die kommissarische Leiterin des Kreismuseums, Verena Rangol, mitreisen solle, damit es am Rande des Besuches ein persönliches Treffen der beiden Leiterinnen geben könne. Ein mögliches Thema: das 50-jährige Bestehen des Rhein-Kreises Neuss im Jahr 2025 und eine damit verbundene Ausstellung.

Die Vorsitzende informiert über eine Anfrage des Kreises Mikołów, ob es Gruppierungen von Seniorinnen und Senioren im Rhein-Kreis Neuss gebe, die mit Seniorinnen und Senioren im polnischen Partnerkreis Kontakt aufnehmen und pflegen möchten. Der Kreis Mikołów sucht für eine Seniorengruppe aus Mikołów eine Projektpartnerschaft ab Oktober 2023, für die bereits eine Förderung im Rahmen des EU-Programms Erasmus+ zugesagt sei. KTA Beyen bittet darum, hierzu auch die Seniorenbeiräte der Parteien anzusprechen.

Der Hinweis auf Netzwerke 55+ kommt vom sB Kress. Beim Caritasverband gebe es im Kreisgebiet Gruppierungen mit vielfältigen Angeboten. Ansprechpartner sei dort Heinz Schneider. Die Verwaltung wird zu Herrn Schneider Kontakt aufnehmen.

Die Vorsitzende teilt hierzu mit, dass sie ebenfalls der Verwaltung Links zu Webseiten von Seniorengruppierungen im Kreisgebiet zugestellt habe; auch zu den dort aufgeführten Ansprechpartnern wird die Verwaltung Kontakt aufnehmen.

Die Verwaltung teilt auf Anfrage mit, dass der Jugendaustausch zwischen den Partnerkreisen in diesem Jahr im Juli turnusmäßig im Kreis Mikołów stattfinden werde.

Die **sB Wienken** fragt, für wann die Ausstellung mit Werken des Künstlers Krzysztof Rzezniczek aus Mikołów terminiert sei. **Die Verwaltung** teilt mit, dass die Ausstellung vom 01.12.2023 bis 06.02.2024 in Kulturzentrum des Kreises in Sinsteden zu sehen sein wird.

Beschluss:

Die Vorbereitungen für die kommenden Begegnungen unterstützen in Zukunft beratend folgende Teilnehmende: Vorsitzende Stein-Ulrich, stellvertretende Vorsitzende Fielenbach, KTA Beyen, KTA Haupt, KTA Kaisers, KTA Küpper, KTA Ackburally und KTA Leese.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4. Vorbereitung des Besuchs der Bildungskommission des Kreises Mikołów im Rhein-Kreis Neuss vom 17. -20.4.2023 - Programm - Vorlage: ZS5/2285/XVII/2023

Protokoll:

KTA Ackburally stellt eine Nachfrage zur Joseph-Beuys-Schule. Dezernent Stiller erläutert, dass es Zweifel gebe, ob die Schule vom Schulprofil her zur Förderschule Nr. 2 in Mikołów passe. Es werde ein weiteres Gespräch mit Herrn Lonnes geben, ob es nicht eine andere, besser passende Förderschule im Rhein-Kreis Neuss gebe. KTA Ackburally äußert seine Meinung, dass keine Förderschule aus dem Rhein-Kreis Neuss verpflichtet werden sollte, wenn sich ergeben sollte, dass beide Schulen nicht zusammenpassen. Das Thema solle an das Fachamt gegeben und im Schulausschuss und danach im Partnerschaftskomitee Europäische Nachbarn besprochen werden.

KTA Fischer lobt das gute Programm für den Besuch der Bildungskommission aus dem Kreis Mikołów und fragt, ob zum Vortrag von Jens Spanjer von der Stiftung Schloss Dyck

Mitglieder des Partnerschaftskomitees kommen könnten. **KTA Beyen** äußert seine Meinung, dass die Bildungskommission und das Partnerschaftskomitee als Gremien nicht unbedingt zusammengebracht werden sollten und dieser Vortrag vielleicht besser im Rahmen des kommenden Besuchs des Partnerschaftskomitees des Kreises Mikołów im Rhein-Kreis Neuss im September d.J. aufgenommen werden sollte; hierzu könnten dann die Mitglieder des Kulturausschusses eingeladen werden.

KTA Küpper regt an, den Besuch von Schloss Dyck mit einem Vortrag zum Klimaschutz beim Baumbestand zu verbinden und die Fragestellung aufzuwerfen, welche Bäume und Pflanzen dem Klimawandel standhalten können.

Die Vorsitzende bittet abschließend, zum Treffen der beiden Bildungskommissionen am 19.04.2023 im Kreishaus Neuss die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen einzuladen und daher die Sitzung auf 17.00 Uhr vorzuverlegen; die Verwaltung sagt dies zu.

5. Freigabe des Graffitis in der Stadt Mikołów anlässlich des 800-jährigen Bestehens der Stadt Mikołow im Jahr 2022 Vorlage: ZS5/2449/XVII/2023

Protokoll:

Die Vorsitzende erläutert, warum die Ausführung des Graffitis im vergangenen Jahr zeitlich nicht habe umgesetzt werden können. Jetzt sei die Präsentation am 13. Juli d.J. in Anwesenheit einer kleinen Delegation aus dem Rhein-Kreis Neuss vorgesehen.

KTA Fischer freut sich darüber, dass das Graffiti jetzt realisiert wird. Weil es ein kulturelles Projekt ist, spricht er sich für die Teilnahme des Kulturausschussvorsitzenden Jakob Beyen aus. **KTA Beyen** lehnt das ab und spricht sich stattdessen für die Teilnahme der kommissarischen Leiterin des Kreismuseums Zons, Verena Rangol, aus.

Auf Nachfrage einiger Mitglieder des Ausschusses trägt die Verwaltung zur Erläuterung des Kunstwerkes vor:

Zu sehen sind in der Mitte das Rathaus von Mikołów, links unten eine Spraydose und eine Schnecke sowie rechts unten Ziegen. Hinter der Spraydose ist ein Baum zwischen Rathaus und Himmel sowie eine Kreisformation von Häusern zu sehen (nicht abgeschlossen).

Das Rathaus, die Ziegen und die Farbgebung sind so von der Stadt Mikołów gewünscht. Die Spraydose führt eine Schnecke spazieren, die ein Haus auf dem Rücken trägt (der Künstler heißt mit Nachnamen Althaus, er ist ein gemütlicher Mensch), die Spraydose leuchtet als Zeichen der Hoffnung und für die Energie, die für den Entwicklungsprozess der Stadt Mikołów benötigt wird. Das soll auch deutlich machen, dass eine Reise ein durchdachter Prozess ist, der weitergeht und noch nicht abgeschlossen ist und Kraft benötigt.

Die Baumwurzel ist der Kern der Stadt Mikołów, dahinter werden es immer mehr Häuser, und der Kreis ist nicht geschlossen, um aufzuzeigen, dass die Stadt immer weiterwächst.

Der Kostenplan steht noch nicht fest, da nach Angaben aus Mikołów noch keine vollständigen Finanzangaben über benötigte Materialien, wie z.B. Farben und Hubbühnen vorliegen. In der Regel ist nach Angaben des Künstlers bei einem Werk dieser Größe ein Quadratmeterpreis von 150 € üblich, d.h. bei einer vorliegenden Fläche von 140 qm x 150,- € wäre ein Honorar in Höhe von 21.000,- € der normale Preis. Herr Althaus ist aber bereit, als Zeichen der freundschaftlichen Verbundenheit nicht diese gesamte Summe zu verlangen und kann sich auch ein Honorar unter 10.000,- € vorstellen, bittet aber darum, durch Stiftungen/Vereine weitere Mittel für das Honorar einzuwerben.

Dezernent Stiller teilt abschließend mit, dass der gesamte Vorgang nach Vorliegen des Zeitplans und des Kostenplans noch einmal innerhalb der Verwaltung besprochen und entschieden werde.

**Beschluss:**

Das Partnerschaftskomitee beschließt einstimmig, dass die Vorsitzende Stein-Ulrich, die stellvertretende Vorsitzende Fielenbach sowie die sB Wienken als ehrenamtliche Dolmetscherin, die kommissarische Leiterin des Kreismuseums, Verena Rangol, und von der Verwaltung Ruth Harte und Lydia Merker vom 12. – 14. Juli 2023 nach Mikołów reisen.

**6. Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 14.12.2022 zum Prüfantrag "Errichten einer kommunalen Partnerschaft mit der Ukraine"
Vorlage: ZS5/2286/XVII/2023**

Protokoll:

Dezernent Stiller möchte diesen Tagesordnungspunkt mit dem Antrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen in der Kreistagssitzung im Dezember 2022 mit Prüfauftrag an die Verwaltung eine mögliche Solidarpartnerschaft mit einer ukrainischen Kommune einzugehen, verbinden. Parallel dazu habe es eine Anfrage in der Bürgermeisterkonferenz mit dem Wunsch gegeben, sich hier gemeinsam mit dem Rhein-Kreis Neuss zu engagieren.

Im Nachgang zu der BM-Konferenz habe Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ein Schreiben an die BM versendet, indem er vorschlägt, dass unter Annahme eines bereits bestehenden passenden Angebots der SKEW der Engagement Global GmbH der Rhein-Kreis Neuss gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine Solidarpartnerschaft mit einer Region im Oblast Dnipropetrowsk, der Partnerregion von NRW, eingeht; dies könnte projektbezogen und zeitlich befristet geschehen. Über die SKEW könnten projektspezifische Fördermittel beantragt werden, dabei werde ein Vorhaben zu 90 Prozent von der SKEW finanziell gefördert, 10 Prozent müsste die Kreisgemeinschaft aufbringen, bei einer Fördersumme in Höhe von 50.000,- € also ein Eigenbeitrag in Höhe von 5.000,- €

KTA Ackburally äußert sich sehr zufrieden; seine Fraktion wird den Weg zur Entwicklungszusammenarbeit mitgehen, betont aber zugleich, dass man für den Wiederaufbau zu einem späteren Zeitpunkt die 25.000,- € im Hinterkopf behalten sollte.

Dezernent Stiller zeigt sich mit dem Vorschlag einverstanden und macht das weitere Vorgehen von dem Einverständnis der BM auf den Vorschlag von Landrat Petrauschke abhängig; er gehe aber von einer Zustimmung aus und dann könne anschließend ein solcher TOP Zustimmung im Kreistag erfahren. Die Verwaltung werde zu dem Thema in der nächsten Sitzung einen Bericht vorlegen.

Vorsitzende Stein-Ulrich und **sB Kress** nehmen Bezug auf die Partnerschafts-Datenbank beim RGRE, so berichtet die Vorsitzende von einem Partnerschaftsgesuch des ukrainischen Kreises Nikopol (der drei große Städte umfasse).

Dezernent Stiller sagt eine Prüfung des Anliegens zu und berichtet, dass Landrat Hans-Jürgen Petrauschke bereits mit der ukrainischen Generalkonsulin in Düsseldorf in Kontakt stehe, die Zuständigkeit für die Bearbeitung der Angelegenheit liege allerdings bei Amt 61.

Beschluss:

SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ziehen ihren Antrag zurück und empfehlen, dem Vorschlag des Rhein-Kreises Neuss mit seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit Unterstützung des SKEW auf absehbare Zeit eine Solidarpartnerschaft mit einer ukrainischen Kommune einzugehen und hierfür 5.000,- € Eigenmittel bereitzustellen, zuzustimmen.

**7. Bericht der Vorsitzenden über die Sitzung des Deutsch-Polnischen Ausschusses des RGRE am 17.11.2022 in Pila/Polen
Vorlage: ZS5/2289/XVII/2023**

Protokoll:

Vorsitzende Stein-Ulrich gibt einen ausführlichen Bericht über die Sitzung in Pila; zu Beginn erläutert sie, dass der Deutsch-Polnische Ausschuss zweimal jährlich tagt, im Frühjahr in Deutschland, im Herbst in Polen. Vorsitzender des Ausschusses ist Landrat Löwl vom Landkreis Dachau, stellvertretender Vorsitzender ist Bürgermeister Slawski aus Pila. Im Mittelpunkt der Sitzung habe u.a. die Energiekrise und deren gemeinsame Bewältigung gestanden.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und dem Protokoll beigelegt.

**8. Bericht aus dem Arbeitskreis junge und lokale Mandatsträger/innen (AK JUMA) des RGRE
Vorlage: ZS5/2457/XVII/2023**

Protokoll:

Beide für den Rhein-Kreis Neuss in den Ausschuss gewählten **KTAs Borggräfe** und **Kell** sind beruflich verhindert, an der Sitzung des Partnerschaftskomitees teilzunehmen. KTA Borggräfe hat das Protokoll des RGRE über die Sitzung zugeleitet; es liegt als Tischvorlage vor und wird der Niederschrift beigelegt.

Beschluss:

Das Partnerschaftskomitee nimmt das Protokoll der Sitzung des AK JUMA zur Kenntnis. Es wird dieser Niederschrift beigelegt.

**9. Bericht der Kultur und Heimatfreunde Stadt Zons e.V. über den Stand der Partnerschaftsprojekte mit dem Kreis Mikolow
Vorlage: ZS5/2287/XVII/2023****Protokoll:**

Der Vorsitzende der Kultur & Heimatfreunde Stadt Zons e.V., **sB Kress**, berichtet, dass sich in der Stadt Dormagen ein Arbeitskreis Ostpartnerschaften gegründet habe, der Mitglied des Weimarer Dreiecks werden möchte. SB Kress führt weiter aus, dass in Zons in diesem Jahr 12 Stelen abgebaut und sechs neue Platten aufgebaut werden.

Im Zusammenhang mit der Schulpartnerschaft des Bettina-von-Arnim-Gymnasiums mit dem Lyceum II in Mikolów werden im Juli d.J. Schülerinnen und Schüler nach Dormagen kommen.

Im Rahmen des Grünen Klassenzimmers soll es im Juni/Juli 2023 eine Begehung geben.

SB Kress informiert weiter, dass im August d.J. Zons 650 Jahre Stadtgeschichte feiert und am 13. August 2023 zu einem historischen Umzug eingeladen wird; im Umzug sollen polnische Persönlichkeiten dargestellt werden, wie die Königin Richeza und der Erzbischof Sobiesky. In diesem Zusammenhang fragt **sB Kress**, wann genau die polnischen Gäste im September zu Besuch kommen. **Dezernent Stiller** antwortet, dass der Termin für den Besuch des Partnerschaftskomitees des Kreises Mikolów noch einmal mit dem beschlossenen Vorbereitungs-AK besprochen werden soll, um auch den Berufstätigen die Chance auf eine Teilnahme zu geben; bisher war der Besuch für die Tage 05. bis 09.09.2023 vorgesehen.

Beschluss:

Das Partnerschaftskomitee nimmt den Bericht des sB Kress zur Kenntnis.

10. Bericht aus der Kreisgemeinschaft Röbel**Vorlage: ZS5/2288/XVII/2023****Protokoll:**

Aus persönlichen Gründen kann der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Röbel e.V. nicht an der Sitzung teilnehmen.

11. Einrichtung eines Sonderfonds für die Implementierung einer Projektpartnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine**Vorlage: ZS5/2502/XVII/2023****Protokoll:**

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90 Die Grünen haben den Antrag zur Einrichtung eines Sonderfonds für die Implementierung einer Projektpartnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine für die Sitzung des Finanzausschusses am 14. März 2023 gestellt. In der Sitzung des Partnerschaftskomitees wurde der Antrag einvernehmlich gemeinsam mit TOP 6 behandelt.

12. Erweiterung der Partnerschaften des Kreises**Vorlage: ZS5/2500/XVII/2023****Protokoll:**

KTA Ackburally stellt die Frage, was den mit dem Begriff „Augenhöhe“ gemeint sei, insbesondere möchte er wissen, ob hier ein Gleichgewicht zwischen verschiedenen Kreisen gemeint sei bzw. es darum gehe, ähnliche Interessen mit Kreisen in anderen europäischen Ländern zusammenzubringen.

KTA Fielenbach führt hierzu aus, dass sie manchmal den Eindruck habe, dass die Partnerschaft mit dem Kreis Mikołów nicht auf Augenhöhe stattfinde.

Dezernent Stiller äußert hierzu sein Verständnis, da offensichtlich gewisse Themen für den Kreis Mikołów nicht von Interesse seien; es könne also eine Horizonterweiterung bedeuten, mit Kreisen in anderen europäischen Ländern Partnerschaften anzustreben, eine Einstellung von 10.000,- € sei aber nicht notwendig, da der Haushalt des Rhein-Kreises Neuss dies bereits ermögliche.

KTA Ackburally stimmt Dezernent Stiller zu. **KTA Beyen** stimmt **KTA Ackburally** zu, dass der Kreis über die „Grenze“ sehen solle, um interessante Kooperationsprojekte zu finden.

KTA Schunder plädiert dafür, auch an Partnerschaften mit Kreisen außerhalb Europas zu denken.

KTA Küpper stimmt der Idee generell zu, gibt aber zu bedenken, dass es große Unterschiede in Europa gebe und unter Umständen die Nachbarländer interessanter seien. In diesem Zusammenhang verweist die **Vorsitzende Stein-Ulrich** auf die Klimapartnerschaft des Rhein-Kreises Neuss in Kolumbien, zu dem Thema seien weitere Diskussionen notwendig.

KTA Fischer schlägt vor, den Antrag auf außereuropäische Länder auszuweiten, z.B. Israel.

KTA Fielenbach wendet hierzu ein, dass der Ausschuss Partnerschaftskomitee Europäischen Nachbarn heiße und daher auf europäische Länder ausgerichtet werden sollte.

Dezernent Stiller schlägt vor, den TOP so zu beschließen, allerdings mit weiter Auslegung, und der Verwaltung hierzu einen entsprechenden Prüfauftrag zu erteilen.

Beschluss:

Dem Antrag wird in der vorliegenden Weise zugestimmt, auch mit der Empfehlung, für diesen Zweck 10.000,- € in den Kreishaushalt einzustellen. Die Verwaltung soll anhand der im Antrag genannten Kriterien prüfen, welche Kreis-Partnerschaften in anderen europäischen Ländern in Frage kommen.

13. Mitteilungen

Protokoll:

Das Partnerschaftskomitee bittet die Verwaltung um Kontaktaufnahme zum Kreis Mikołów mit der Bitte zu prüfen, ob der geplante Besuch im September 2023 im Rhein-Kreis Neus, zur Zeit von Dienstag bis Sonntag vorgesehen, auf die Tage Donnerstag bis Sonntag verlegt werden kann, um berufstätigen Mitgliedern im Partnerschaftskomitee die Teilnahme leichter möglich zu machen; bei der Zeitplanung müssten sowohl das Schützenfest in Grevenbroich Ende August/Anfang September d.J. als auch die anstehenden Wahlen in Polen im Oktober d.J. berücksichtigt werden.

Die nächste Sitzung des Partnerschaftskomitees ist laut Sitzungskalender für den 11. September 2023 geplant. Weil dieser Termin nach dem derzeit geplanten Besuchstermin des Partnerschaftskomitees aus dem Kreis Mikołów liegt, schlägt Vorsitzende Angela Stein-Ulrich die Verlegung auf den 30. August 2023 um 17 Uhr vor.

Abstimmungsergebnis:

Der Vorschlag wird ohne Gegenstimmen angenommen.

14. Anfragen

Protokoll:

Es gibt keine Anfragen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Angela Stein-Ulrich um 19:15 Uhr die Sitzung.



Angela Stein-Ulrich
Vorsitz



Lydia Merker
Schriftführung

Erkenntnisse nach der Reise 16.09. – 18.09.22

Sitzungen:

- Politisches soll in den Vordergrund
- Projektbezogene Treffen planen (Thema im Voraus festlegen)
- Umfangreichere Vorbereitung der Sitzungen
- Inhalte der Präsentationen durch Handouts ergänzen

Ausflüge/Veranstaltungen:

- Mehr gemeinsame Ausflüge/Unternehmungen mit lokalen Ausschussmitgliedern
- Beim gemeinsamen Essen mit den polnischen Partnern durch eine abwechslungsreiche Sitzordnung für mehr Miteinander sorgen

Reise:

- Bildung eines AKs als beratende Gruppe zur Vorbereitung der Reise und evtl. Mitgestaltung des Programms



Programm für den Besuch der Bildungskommission des Kreises Mikołów im Rhein-Kreis Neuss vom 17. bis 20.04.2023

Montag, 17. April 2023

14:25 Uhr: Ankunft Flughafen Dortmund und Fahrt ins Hotel (Best Western Plaza Hotel Grevenbroich Montanusstraße 100) oder direkt nach Neuss (je nach zeitlichem Freiraum)

16:00 Uhr: Abfahrt nach Neuss

16:30 Uhr: Besuch Berufskolleg für Technik und Informatik (BTI) Neuss Hammfelddamm, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss - Empfang durch Schulleiter Edelbert Jansen und Vorstellung der gewerblich-technischen Ausbildungsgänge

18:30 Uhr: Fußweg vom BTI zum Hotel Holiday Inn, Anton-Kux-Str. 1 in Neuss

19:00 Uhr: Abendessen im Restaurant Amaroso im Hotel Holiday Inn

21:00 Uhr: Fahrt zum Hotel Best Western Plaza Grevenbroich, Montanusstraße 100

Dienstag, 18. April 2023

07:30 Uhr: Frühstück im Hotel

08:30 Uhr: Fahrt nach Neuss

09:00 Uhr: Besuch der Joseph-Beuys-Schule Neuss, Jean-Pullen-Weg 1, 41464 Neuss – Förderschule mit dem Schwerpunkt für soziale und emotionale Entwicklung: Empfang durch Schulleiter Gerd Dittmann und Vorstellung des Bildungsauftrags

11:00 Uhr: Fahrt zum Berufsbildungszentrum Dormagen, Willy-Brandt-Platz 5, 41539 Dormagen

11:30 Uhr: Besuch des Berufsbildungszentrums Dormagen - Empfang durch Schulleiterin Dr. Kornelia Neuhaus und Vorstellung der dualen Ausbildung Spedition und Logistik

13:30 Uhr: Fahrt zum Schloss Dyck

14:00 Uhr: Gemeinsames Mittagessen im Saal Remise

15:00 Uhr: Vortrag zum INTERREG V B-Projekt European Garden Heritage Network (Geschäftsführer Jens Spanjer, Stiftung Schloss Dyck) und Besprechung Nachfolgeantrag INTERREG B 2021ff

16:00 Uhr: Kaffeetrinken in der Bibliothek auf Schloss Dyck

17:00 Uhr: Fahrt ins Hotel

Rhein-Kreis Neuss –Der Landrat – Europabüro/Büro für Europäische Partnerschaften

18:30 Uhr: Gemeinsames Abendessen im griechischen Restaurant Diogenes, Grevenbroich, Lindenstraße 29

Mittwoch, 19. April 2023

08:00 Uhr: Frühstück im Hotel

09:00 Uhr: Abfahrt nach Korschenbroich

09:30 Uhr: Besuch der Auto- und Motorrad-Werkstatt Bosch Car Service Korschenbroich, Püllenweg 23 A, 41352 Korschenbroich - Empfang und Erläuterung durch Robert Jeromin

11:00 Uhr: Fahrt nach Grevenbroich

11:30 Uhr: Besuch des Berufsbildungszentrums Grevenbroich, Bergheimer Str. 53, 41515 Grevenbroich - Empfang durch Schulleiter Dr. Jörg Kazmierczak und Vorstellung der dualen Ausbildungsgänge im Hause

13:00 Uhr: Mittagessen im BBZ Grevenbroich

14:30 Uhr: Fahrt zum Kreishaus Neuss, Oberstr. 91, 41460 Neuss

15:00 Uhr: Treffen und Austausch zwischen der Bildungskommission des Kreises Mikołów und der Bildungskommission des Rhein-Kreises Neuss im Sitzungsraum 2 des Kreishauses Neuss Begrüßung durch Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

17:00 Uhr: Fahrt zum Hotel

18:30 Uhr: Abendessen im Restaurant Alte Schmiede, Südwall 2, 41515 Grevenbroich

Donnerstag, 20.04.2023

08:00 Uhr: Frühstück im Hotel

09:00 Uhr: Verabschiedung und Abfahrt zum Flughafen Dortmund (Abflug 13.30 Uhr)

Deutsch-Polnischer Ausschuss am 17.11.2022 in Pila früher Schneidemühl, 70.000 Einwohner*innen (Südpommern)

Der DPA wird auf der Grundlage des Zusammenarbeitsvertrags zwischen der Deutschen Sektion des RGRE und dem Polnischen Städteverband (ZMP) aus dem Jahre 1995 gebildet. Diese Vereinbarung wurde 2014 um den Polnischen Landkreisverband (ZPP) erweitert. Aufgabe des Ausschusses ist es, die kommunale Zusammenarbeit in beiden Mitgliedstaaten zu unterstützen und kommunale Themen von bilateralem Interesse zu behandeln. Das Gremium tagt zweimal jährlich, die nächste Sitzung soll voraussichtlich im Frühjahr 2023 in Deutschland stattfinden.

Zunächst wurden die Mitglieder*innen des Deutsch-Polnischen Ausschusses von **Dr. Piotr Głowski, Stadtpräsidenten von Pila** und gleichzeitig polnischer Vorsitzenden des DPA, sowie dem deutschen Vorsitzenden, **Landrat Stefan Löwl**, aus **Dachau** begrüßt. Beide betonten die Wichtigkeit und europäische Bedeutung des grenzüberschreitenden Austausches in Krisenzeiten auf kommunaler Ebene.

Der **erste** Teil der Sitzung fokussierte sich auf die Folgen der Energiekrise für die Kommunen. Er begann mit einem Impulsvortrag von **Aldo Vargas** von der Kontaktstelle „**Nationale URBACT**“, <https://urbact.eu/> ein europäisches Programm für nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung. Es fördert bereits seit dem Jahr 2000 den europaweiten Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen und unterstützt sie gleichzeitig bei ihren wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Herausforderungen vor Ort.

Neben mehreren Initiativen im Rahmen dieses Programms wurde das Pilotprojekt „VILAWATT“ <https://www.uia-initiative.eu/en/uia-cities/viladecans> vorgestellt. Es fördert die Energiewende durch die Einrichtung einer öffentlich-privaten Partnerschaft, in der die Bürger und die wichtigsten sozialen Akteure eine Schlüsselrolle spielen. Vorrangig geht es darum, das Engagement und das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger*innen zu stärken, um einen nachhaltigen und dezentralen Energiewandel zu fördern. Über diese Seite gibt es z.B. für Bürger*innen, sich über Möglichkeiten der Energiesparmaßnahmen zu informieren.

Weiterhin wurde berichtet, dass Kaschinski z.Zt. eine Tour durch Polen macht. Er versucht die Bevölkerung zu beruhigen:

Da der Kohlepreis sehr angestiegen ist, empfiehlt er alles zu verbrennen, außer Autoreifen...Herr Dr. Głowski sagte ironisch: nicht frieren, dafür in ein paar Jahren Lungenkrebs.

Auch wurde Kohle aus Argentinien importiert, damit konnte man nichts anfangen, man hätte damit einen Schneemann bauen können.

Es gibt in Polen eine Inflationsrate (November) von 18 %, die Energiepreise sind auf das fünffache angestiegen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird stark vorangetrieben, z.B. bei der Windenergie ist der Abstand zur Bebauung 10x so hoch wie der Wohnraum, es gibt dort keine starren Grenzen.

Es gibt in verschiedenen Städten Programme zum Thema: Integrierte nachhaltige Stadtentwicklung u.a. sind Themen wie die Nutzung von Bauschutt für nachfolgende Gebäude, - (Programm URGE), Grüne Städte, Digitalisierung.

Pila ist zu 60 % grün, hat mehr grüne Flächen als Paris, hat auch einige Seen.

Anschließend haben die Teilnehmenden aus Polen und Deutschland die Möglichkeit genutzt, sich über die staatlichen Unterstützungsprogramme auszutauschen und Beispiele für die Hilfsmaßnahmen der Kommunen in Zeiten der Energiekrise in beiden Ländern zu diskutieren.

Zum Thema Energie berichteten Vertreter*innen aus Bochum, LK Unna und aus dem LK Dachau:

Bochum: es gibt kurzfristige und langfristige Ziele, insgesamt sollen 20 % der Energie eingespart werden. U.A. werden Hausmeister, die für die Verwaltungsgebäude und Schulen tätig sind fortgebildet, es wird mehr mit Sensoren gearbeitet, Schwimmbäder Temperatur reduziert, ebenso in den Büroräumen.

Dachau: 20 % als Einsparziel gesetzt. Aber auch Black out geübt und Vorkehrungen getroffen für die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Großes Problem: an die Daten der Patient*innen, die zu Hause beatmet werden heran zu kommen. Telefonieren z.B. um einen Krankenwagen anzufordern.

Kreis Unna: Große Steinkohle-Kraftwerke: besondere Herausforderung: was wird aus den Beschäftigten? Was soll mit den Flächen gemacht werden?

Es wurde eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gegründet, arbeitet mit den Städten und Gemeinden zusammen, es wird angedacht, auf die eigenen Häuser PV-Anlagen zu installieren. Grüner Wasserstoff: Planung: Werk eröffnen, wo so was produziert werden kann.

Thema des **zweiten** Teils der Sitzung waren die Herausforderungen der steigenden Flüchtlingszahlen für die Kommunen. Der Geschäftsführer des Polnischen Städtebunds **Andrzej Porawski** analysierte die Flüchtlingswellen aus der Ukraine, von denen sich derzeit etwa 1,7 Millionen ukrainische Kriegsflüchtlinge in Polen aufhalten.

Insgesamt sind 7,66 Mio. eingereist und 5,96 Mio. wieder ausgereist, z.T. zurück in die Ukraine oder in andere europäische Länder.

Der Polnische Städtebund wird gemeinsam mit dem Institut für Stadtentwicklung ein Projekt zur Aufnahme von Flüchtlingen in kleinen und mittleren Städten durchführen.

Es stützt sich auf drei Säulen: **Wohnen, Arbeit, Schule** (Kinder und Jugendliche).

In Polen haben ukrainische Flüchtlinge den gleichen Status wie polnische Bürger*innen.

Es gibt große Bemühungen die Menschen dort zu integrieren.

Viele ukrainische Unternehmen siedeln sich derzeit in Ostpolen an und diese können nach Ansicht von Porawski eine Brücke für den künftigen Wiederaufbau der Ukraine sein.

Herr Dr. Glowski berichtete voller Stolz, wie gut die damit verbundenen Herausforderungen gemeistert wurden. Es gibt dort Erstaufnahmestellen, dort werden alle registriert, dann kommen sie in Sammelunterkünften wie z.B. alte Grundschulen oder auch Ferienzentren. Es wurden Sach-Spendenaufrufe gestartet, bei Bekleidung wird nur Neuware angenommen.

Vorschulkinder gehen direkt in die Kita, Schulkinder waren bis Juni (Ferienbeginn) in sogenannten Vorbereitungsklassen, jede Klasse hat zusätzlich eine/n ukrainischen Lehrer*in. Seit September gehen alle Schüler*innen in den Regelunterricht, sie haben zusätzlich 6 Stunden Polnisch in der Woche.

Alle Geflüchteten können Psychische Unterstützung und Rechtsberatung in Anspruch nehmen, auch gibt es eine Stelle für die Übersetzung von Dokumenten.

Weiterhin sind sogenannte Integration – Manager*innen eingesetzt, sie unterstützen z.B. bei Behördengängen und Arztbesuchen. Die polnische Regierung tut alles dafür, dass die Menschen in Polen bleiben, dort ist der Fachkräftemangel genauso hoch wie z.B. in Deutschland.

Somit steht die Ukraine vor einem neuen Problem, nämlich sie rechnet jetzt schon mit einer demographischen Krise.

Die Teilnehmenden der DPA-Sitzung berichteten außerdem von spontanen Solidaritäts- und konkreten Unterstützungsaktionen in ihren jeweiligen Kommunen bzw. die Überlegungen zu nationalen Aufbauprojekten, welche u.a. auch über Kommunalpartnerschaften erfolgen sollen.

Landrat Stefan Löwl sagte: „Gerade zu dieser Jahreszeit und angesichts der heftigen Angriffe Russlands ist unsere Unterstützung für ukrainische Kriegsflüchtlinge von entscheidender Bedeutung, aber auch die infrastrukturelle Nothilfe sowie der Blick auf einen Wiederaufbau wird auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen.“

Von der deutschen Seite wurde von verschiedenen Integrationsmaßnahmen berichtet:

KIZ-Zuweisung, Integrationsklassen, private Unterkünfte, Turnhallen, Jobbörse, Hilfsgüter über polnische Partnerstädte, - Kreise, Überleitung vom AsylBewLeistungsgesetz ins SGB II, Deutschkurse, I-Helfer*innen, Sammelaktionen von Sachspenden. Es wurde aber auch über die Probleme, die bei der Meldung der Geflüchteten bestehen.

Am Ende der Veranstaltung wurde auf den Appell/Aufruf von Selensky und Steinmeier hingewiesen, sich um Partnerschaften mit einer ukrainischen Kommune zu kümmern. Dazu gibt es Fördermittel und die GIZ kann dazu beraten: Fördermittel u.a. über SKEW einwerben.

Angela Stein-Ulrich

Mitglied im Deutsch-Polnischen Ausschuss DPA

| Council of European Municipalities and Regions
| Conseil des Communes et Régions d'Europe
| Συμβούλιο των Ευρωπαϊκ Δήμων και περιφερειών
| Consejo de municipios y regiones de europa
| Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa
| Raad der Europese gemeenten en regio's
| Conselho dos municípios e regiões da Europa



| **RGRE** | Gereonstraße 18 - 32 | 50670 Köln

Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

An die Mitglieder des Arbeitskreises
„Junge lokale und regionale Mandats-
träger/-innen“ im RGRE/Deutsche Sekti-
on

Datum

03.01.2023/Kor

Unser Zeichen

81.02.10

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-317

E-Mail

MariusHenrik.korte@staedtetag.de

Bearbeitet von

Marius Henrik Korte

Arbeitskreis „Junge lokale und regionale Mandatsträger/innen im RGRE/Deutsche Sektion“

Ergebnisniederschrift der 8. Sitzung am 24. und 25.11.2022 in München

TOP 1: Begrüßung

Clemens Baumgärtner, Referent für Wirtschaft und Arbeit der Landeshauptstadt München begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des AK JUMA in München. Dabei betont er, wie wichtig es ist, auch junge Menschen für das Thema Europa zu begeistern. Beim Münchner Haus der Schüler*innen bedankt er sich, dass der Arbeitskreis dort tagen kann.

Sebastian Weisenburger und **Felix Sproll** begrüßen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Namen des Münchner Stadtrats. Dabei betont Weisenburger, wie wichtig das Münchner Haus der Schüler*innen als Ort für Schülerinnen und Schüler ist. Sproll spricht von der Bedeutung des Netzwerkscharakters des AK JUMA, gerade für junge Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

Katharina Horn, Vorsitzende des Arbeitskreises begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dabei betont sie auch den Austausch zwischen den großen und kleinen Städten, sowie urbanem und ländlichem Raum. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ruft sie auf, auf ostdeutsche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zuzugehen und sie zur Mitarbeit im AK JUMA zu ermutigen.

Lorenz Seibl von der StadtschülerInnenvertretung München begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Namen des Münchener Haus der Schüler*innen.

TOP 2: Kommunale Europaarbeit der Landeshauptstadt Münchens

Sandra Spöttl, Leiterin Europa und Internationales berichtet über die Europaarbeit der Landeshauptstadt München. Der Fachbereich Europa und Internationales ist für EU-Themen und internationale Themen zuständig. Zu letzteren gehört zum Beispiel die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ). Europa und Internationales ist einer von fünf Fachbereichen, die im Referat für Arbeit und Wirtschaft angesiedelt sind und ist ein Querschnittsbereich, der alle internationalen, europäischen und entwicklungspolitischen Aktivitäten koordiniert. Ziel der Münchner Europaarbeit ist es, Europa sichtbar machen, dabei liegt ein Fokus auf Veranstaltungen für neue Zielgruppen.

Der Bericht der Europaarbeit der Landeshauptstadt München kann unter folgendem Link abgerufen werden: <https://www.wirtschaft-muenchen.de/produkt/europa-und-internationales-2021-22/>

TOP 3: Bericht aus dem CEMR Young Elected Officials Committee

Christian Achtelik berichtet über das CEMR Young Elected Officials Committee, in dem er und Hannah-Lea Braun die deutsche Sektion des RGRE vertreten. Die Kommunikation mit dem CEMR sei eine Herausforderung, gerade aufgrund regelmäßiger Personalwechsel. Nichtsdestotrotz kommt das Committee im März persönlich in Brüssel zusammen.

Zudem hat Hannah-Lea Braun für das Committee an einer UN High Level Conference zu den Sustainable Development Goals (SDGs) teilgenommen.

TOP 4: Aktuelles aus dem RGRE & Bericht von der Präsidiums- und Hauptausschusssitzung

Marius Henrik Korte berichtet, dass Christiane Horsch, Präsidentin der deutschen Sektion des RGRE anlässlich des gemeinsamen Aufrufs von Präsident Selensky und Bundespräsident Steinmeier zum Aufbau weiterer deutsch-ukrainischer Partnerschaften ein Rundschreiben verschickt hat. Das Rundschreiben sowie eine Zusammenstellung von Informationen zur Unterstützung der Ukraine findet sich im Anhang.

Am 22. Februar 2023 findet im Rahmen des Urban Diplomacy Exchange Projekts unter dem Titel „Städte vereint für ein demokratisches Europa“ ein Mayors Roundtable statt. Die aktive Teilnahme sowie Redebeiträge sind (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeistern vorbehalten. Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter haben die Möglichkeit, als Zuhörende am Austausch zu partizipieren.

Weitere Informationen hierzu können unter folgendem Link aufgerufen werden: <https://urban-diplomacy.de/deutsch-britischer-virtueller-mayors-roundtable-am-22-februar-2023/>

Sebastian Weisenburger berichtet anschließend von der Präsidiums und Hauptausschusssitzung, an der er für die Landeshauptstadt München teilgenommen hat. Ein Schwerpunkt der Sitzung

waren Benennungen und Personalfragen. Zudem wurde über die angespannte Haushaltslage des RGRG gesprochen. Ein weiterer TOP waren die Auswirkungen der aktuellen Krisen auf die kommunale Europaarbeit. Einige Kommunen haben bereits Probleme und können sich bspw. die Gremienarbeit nicht mehr leisten, da im Haushalt keine Mittel für Reisekosten eingeplant sind.

Ferner stellte Bert Kuby vom Ausschuss der Regionen die Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine vor. Weitere Informationen hierzu können unter folgendem Link aufgerufen werden: <https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/European-Alliance-of-Cities-and-Regions-for-the-reconstruction-of-Ukraine.aspx>

Zusätzlicher TOP: Wahl eines weiteren Stellvertretenden Vorsitzenden

Auf Wunsch der Mitglieder des Arbeitskreises, wird ein weiterer Stellvertretender Vorsitzender gewählt.

Ohne Gegenstimmen wählen die Mitglieder des Arbeitskreises

Björn Leuzinger, Stadtrat aus Heidelberg

zum Stellvertretenden Vorsitzenden des AK JUMA.

TOP 5: Projekte-Speed-Dating

An verschiedenen Ständen erhalten die Mitglieder des Arbeitskreises die Möglichkeit diverse Münchner Projekte kennenzulernen, die sich an junge Menschen richten.

TOP 6: Konferenz zur Zukunft Europas: Bewertung & Perspektiven & Europäisches Jahr der Jugend

Anna Maria Nagel und **Renke Deckarm**, Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München stellen die Arbeit der Regionalvertretung vor. Diese fungiert als Auge, Ohr und Mund der Kommission in München, also eine Art Botschaft vor Ort. Die Mitarbeitenden der Regionalvertretung stehen im Austausch mit Stakeholdern (Kommunen, Land etc.) vor Ort. Die zusätzlich existierenden Europe Directs richten sich stärker an Bürgerinnen und Bürger.

Mit Blick auf die Konferenz zur Zukunft Europas berichten sie von viel Beteiligung über die Online-Plattform, die jedoch leider deutlich unter der erhofften Beteiligung zurückblieb. Die Vorschläge der Konferenz werden in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Darunter sind auch diverse Vorschläge zum Thema Jugend und Jugendpartizipation.

Des weiteren berichten sie vom Europäischen Jahr der Jugend, 2022. Welches 2021 in der State of the Union Rede von Ursula von der Leyen angekündigt wurde. Die Begründung, das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend zu machen war, dass die Jugend besonders unter der Coronakrise gelitten hat, Die Bedürfnisse der jungen Generation müssten besonders in den Blick genommen werden Aktivitäten der Regionalvertretung in diesem Zusammenhang waren bspw.

Politiksimulationen, ein Erasmus-Tag sowie ein Bürgerdialog mit Jugendlichen. Dabei wurde auch mit Influencerinnen und Influencern zusammen gearbeitet.

TOP 7: Thementische

An drei Thementischen hatten die Teilnehmer*innen die Möglichkeit, sich mit den Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas auseinanderzusetzen und Maßnahmen oder Ideen zu identifizieren, die sie politisch unterstützen könnten. In den Vorschlägen aus dem Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas stellten die Teilnehmer*innen fest, dass es wichtig ist, zwischen Maßnahmen, bei denen die lokale Ebene einen echten Einfluss haben kann, und solchen, bei denen sie wenig Einfluss hat, zu unterscheiden.

*Die folgenden Vorschläge stammen aus dem Thementisch „**Wirtschaft und Jugendarbeit**“.*

- *Die Europäische Kommission sollte kleine Kooperationsprojekte mit Pauschalen unterstützen.*
- *Die Bürokratie bei EU-Projekten sollte insbesondere für kleine Projektträger drastisch reduziert werden.*
- *Die Europäische Kommission sollte verstärkt Projekte zur Förderung von Berufsqualifikationen unterstützen.*
- *Es ist wichtig, jungen Menschen, die außerhalb des Schulsystems stehen, mehr Perspektiven zu bieten und Initiativen zu unterstützen, die auf ihre besonderen Bedürfnisse eingehen. Dies würde der Jugendkriminalität vorbeugen.*
- *Die Bürokratie bei EU-Projekten sollte insbesondere für kleine Projektträger drastisch reduziert werden.*
- *Politische Vertreter*innen sollten ihre Lobbyarbeit ausbauen, damit die Städte direkt Fördermittel erhalten.*

Wissensmanagement, Querschnittsthemen und Berücksichtigung der verschiedenen Zielgruppen standen im Mittelpunkt der Diskussionen am Thementisch „**Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Gesundheit**“.

- *Die Lehrpläne sollten sich stärker an den Zielen für nachhaltige Entwicklung orientieren. Viele gute fächerübergreifende Initiativen könnten in der Schule vorgestellt werden.*
- *Das Wissen über die Europäische Union und ihre Rolle sollte in der Schule und außerhalb der Schule verstärkt werden. Europa sollte ein greifbareres, konkreteres Thema sein. Europäische politische Vertreter*innen sollten auf lokaler Ebene und in Schulen viel stärker präsent sein, ebenso wie Stadträte in Schulen über Europa kommunizieren könnten.*
- *Auch Menschen mit Behinderungen oder Erkrankungen sollte der Zugang zu Europa erleichtert werden. Den Zugang zu europäischen Programmen für diese Menschen verbessern. Um dies zu erreichen, ist es von entscheidender Bedeutung, eine Verbindung zwischen den Gesundheitssystemen herzustellen. Die lokale Ebene könnte Pilotprojekte zu diesem Thema entwickeln und Auslandserfahrungen von Menschen mit Behinderungen austauschen.*

Am Thementisches „**Demokratie, Jugendpartizipation, Recht und Werte**“ identifizierten die Teilnehmer*innen vor allem zwei Schlüsselthemen.

- *Es wurde betont, wie wichtig es ist, politische Bildung bereits in der frühen Kindheit zu beginnen: Unterstützung von Projekten und Projektträgern, Entwicklung von Lehrplänen mit dem Ziel, die europäische politische Identität und die Bedeutung der Bürgerschaft zu stärken.*
- *Jugendbeiräte sollten ebenfalls unterstützt werden, gegebenenfalls nicht gewählt, sondern ernannt, mit der Festlegung spezifischer Themen, der Identifizierung von Zielgruppen und einer Aufwandsentschädigung.*

Vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bereich Europa und Internationales der Landeshauptstadt München für die Zusammenfassung der Thementischergebnisse.

Verschiedenes/Erfahrungsaustausch

Zum Abschluss der Sitzung vereinbarten die Mitglieder des AK JUMA, die im Rahmen des Arbeitskreises diskutierten Themen und Ideen mit anderen jungen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern zu besprechen und in den Kommunalverwaltungen in ihrer Heimatkommune zu spiegeln.

Teilnehmendenliste

Name	Vorname	Institution
Achtelik	Christian	Stadt Köln
Basten	Larissa	Landschaftsverband Rheinland
Bender	Daniel	Rheinisch-Bergischer Kreis
Borggräfe	Christina	Rhein-Kreis Neuss
Burkhardt	Julia	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Horn	Katharina	Hansestadt Greifswald
Kalisch	Christian	Stadt Bochum
Kell	Simon	Rhein-Kreis Neuss
Knüppel	Laura	Stadt Hagen
Korte	Marius Henrik	RGRE/Deutsche Sektion
Kotissek	Nina	Stadt Lünen
Leuzinger	Björn	Stadt Heidelberg
Lünenschloss	Caroline	Landschaftsverband Rheinland
Minkhofer	Katharina	Stadt Recklinghausen
Paul	Christian	Alpen am Niederrhein
Roth-Schmidt	Maja	Kreis Viersen
Schall	Sebastian	Landeshauptstadt München
Sproll	Felix	Landeshauptstadt München
Wehmann	Nico	Frankfurt am Main
Weisenburger	Sebastian	Landeshauptstadt München



Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de



Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

An den Vorsitzenden
den Vorsitzenden des Finanzausschusses
Stefan Schmitz
Kreisverwaltung

Donnerstag, 2. Februar 2023

Sitzung des Finanzausschusses am 14. März 2023

Antrag: Einrichtung eines Sonderfonds für die Implementierung einer Projektpartnerschaft mit einer Kommune in der Ukraine

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Kreistagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 14. März 2023 zu setzen.

Beschlussvorschlag:

Der Rhein-Kreis Neuss richtet einen Sonderfonds in Höhe von EUR 25.000,00. Dieser Betrag soll für eine erste Anbahnungsphase zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Aufgrund des Kreistagbeschlusses vom 14.12.2022 soll der Rhein-Kreis Neuss den Aufbau einer Projektpartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt/ Kreis prüfen. Weiterhin soll eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit initiiert werden.

Ziel ist es zunächst, Hilfen in der akuten humanitären Notlage während des Krieges bereitzustellen und anzubieten. Dazu gehören z.B. Notfallmedikamente, Hygieneartikel Lebensmittel, Kleidung, Funkgeräte, Schutzhelme und Produkte zur Bergung von Verschütteten und zum Schutz der Bevölkerung (z.B. kugelsichere Westen), sowie die Bereitstellung von Hilfstransporten.

Fraktionsbüro
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel. +49 2181 2250 20
Fax +49 2181 2250 40
kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de

Fraktionsbüro
Schulstr. 1
41460 Neuss

Tel. +49 2131 1666 81
Fax +49 2131 1666 83
fraktion@gruene-rkn.de

Im Moment scheint ein Ablauf einer sich anbahnenden kommunal-partnerschaftlichen Verbindung – insbesondere mit gegenseitigen Besuchen von Delegationen –zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich zu sein, da alle hierfür notwendigen Ereignisse durch die aktuelle Lage erschwert werden.

Dennoch sollte alles dafür getan werden,- soweit es geht Präsenz zu zeigen. Sobald sich eine Entspannung abzeichnet, soll die persönliche Ebene verstärkt gefördert und eine Zusammenarbeit ermöglicht werden.

Mit freundlichen Grüßen



Swenja Krüppel
Fraktionsvorsitzende (GRÜNE)



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender (SPD)



Angela Stein-Ulrich
Stellv. Fraktionsvorsitzende (GRÜNE)



CDU

**Freie
Demokraten**
Rhein-Kreis
Neuss **FDP**



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Herrn Stefan Schmitz
Oberstraße 91
41460 Neuss

01. März 2023

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 14. März 2023

Erweiterung der Partnerschaften des Kreises

Sehr geehrter Herr Schmitz,

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 14.03.2023 zu setzen.

Antrag

Es sollen mehr Partnerschaften mit Kreisen/Landkreisen in Europa auf Augenhöhe gepflegt und primär Projekte in fokussierenden Bereichen wie Klima-Technologien, Digitalisierung und Stadtplanung sowie Wirtschaft und Forschung angestrebt werden.

Die Verwaltung wird gebeten,

(1) geeignete Partnerkreise anhand von Kriterien, die für den Rhein-Kreis Neuss relevant sind, zu suchen/evaluieren, um eine themenspezifische Erweiterung der jetzigen europäischen Partnerschaften zu ermöglichen. Die Partner sollen sich auf Augenhöhe befinden, wo jeder vom anderen profitieren kann; eine Win-Win-Situation für beide Seiten.

(2) bei der Suche soll der Fokus insbesondere auf die Bereiche Klima-Technologien, Digitalisierung, Stadtplanung sowie Wirtschaft und Forschung gelegt werden. In Nachbarregionen, wie z.B. Dänemark oder die Niederlande, gibt es bereits



CDU

**Freie
Demokraten**

Rhein-Kreis
Neuss **FDP**



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

erfolgsversprechende Projekte zur Reduzierung des CO² Ausstoßes oder moderne Klima-Technologien wie CCS (Carbon Capture and Storage).

(3) zu prüfen, welche Fördermöglichkeiten der EU, des Bundes und Landes NRW vor diesem Hintergrund genutzt werden können. Dabei sind die Anregungen des Bundespräsidenten Steinmeier, der während der Covid-Pandemie die Kommunen dazu aufgerufen hat, den kommunalen Austausch auf europäischer Ebene zu intensivieren, mit einzubeziehen.

Hierfür sollen 10.000 Euro in den Kreishaushalt eingestellt werden.

Begründung

Der Gedanke, Partnerschaften auf kommunaler Ebene zu bilden, wurde vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Willen zur Aussöhnung und zur Völkerverständigung gestärkt. Durch direkte Begegnungen sollten sich Menschen im Austausch zusammenfinden, Vorurteile abgebaut, gegenseitiges Vertrauen gefördert und am Ende -nicht nur geografische- Grenzen überwunden werden.

Seither sind ca. 90 % der deutschen Partnerschaften zwischen Städten, Gemeinden oder Kreisen in Ländern der EU entstanden. Das Europa der Bürger (Europe of Citizens) und Regionen wird insbesondere durch kleine, aber nachhaltige Partnerschaften gestärkt, die sich kulturell und wirtschaftlich bei Ausschreibungen, Wettbewerben, gemeinsamen multikulturellen Aktionen, Festivals Studienveranstaltungen mit einander verbinden. Diese werden von der EU (Europapolitik) seit 1989 finanziell gefördert, haben damit einen erheblichen Anteil am Gelingen des europäischen Integrationsprozesses und stellen den größten Friedensprozess der Welt dar (Woeseler 2006, S. 412). Auch der Rhein-Kreis Neuss hat seit dem 09. November 1994 eine Partnerschaft mit dem polnischen Kreis Mikolów, die bis heute gepflegt wird.



CDU

**Freie
Demokraten**

Rhein-Kreis
Neuss **FDP**



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Mit freundlichen Grüßen

Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss

Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss